

metallnachrichten

Metall- und Elektroindustrie Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen

Ausgabe 9/2012

DER TARIFABSCHLUSS 2012:

Klasse Warnstreiks, gutes Ergebnis!

- **4,3 % mehr Geld ab Mai 2012**

- **Unbefristete Übernahme der Ausgebildeten**

- **Branchenzuschlag und Mitbestimmung bei Leiharbeit**

Am Dienstag, 22. Mai, hat sich die IG Metall im Bezirk Frankfurt mit den Arbeitgeberverbänden auf die Übernahme des zuvor in Baden-Württemberg erzielten Pilotabschlusses für die Mittelgruppe (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen) geeinigt. Das Ergebnis bringt den rund 400 000 Beschäftigten 4,3 Prozent mehr Geld rückwirkend ab 1. Mai. Auszubildende werden zukünftig im Grundsatz unbefristet übernommen, die Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit werden gestärkt.

IG Metall-Bezirksleiter und Verhandlungsführer Armin Schild erklärte: »Mit dem Tarifabschluss ist es gelungen, die Beschäftigten mit einer deut-

lichen Reallohnsteigerung an der wirtschaftlichen Entwicklung angemessen zu beteiligen. Das ist die höchste Einkommenssteigerung seit zwei Jahrzehnten, und das bei einer Laufzeit von 13 Monaten. Dass es darüber hinaus gelungen ist, die monatelange Blockadehaltung der Arbeitgeber bei Übernahme und Leiharbeit zu

überwinden und damit zu allen drei Forderungen ein Ergebnis zu erreichen, verdanken wir dem enormen Druck von mehr als 120 000 Warnstreikenden im Bezirk.«

»Zukünftig müssen Auszubildende in der Regel unbefristet übernommen werden. Das eröffnet Tausenden von

jungen Menschen eine tarifvertraglich gesicherte Berufsperspektive und ist ein substanzieller Beitrag zur Fachkräftesicherung in der Metall- und Elektroindustrie«, so Schild weiter.

Mit den neuen Regelungen zur Leiharbeit haben Betriebsräte mehr Mitsprache beim Einsatz von Leiharbeitsbeschäftigten. Zusätzlich konnten in den Verhandlungen mit den Leiharbeitsverbänden Branchenzuschläge zwischen 186,33 und 1380,20 Euro durchgesetzt werden. Es ist damit gelungen, mehr Fairness bei den Bedingungen und der Bezahlung von Leiharbeit zu erreichen. Das dient auch dem Schutz der Stammebelegschaften.





»Operation Übernahme« geglückt!

Perspektiven für die Jugend: Unbefristete Übernahme als Regel vereinbart

120 000 Warnstreikende haben es möglich gemacht: Die unbefristete Übernahme wird zur Regel. IG Metall und Arbeitgeber vereinbarten außerdem, dass die Zahl der Ausbildungsplätze gesteigert werden soll. Das wäre ohne den Druck aus den Betrieben nicht möglich gewesen. »Dieser Druck hat die monatelange Blockadehaltung der Arbeitgeber überwunden«, sagt IG Metall-Bezirksleiter Armin Schild. Das ist ein Erfolg für die jungen Kolleginnen und Kollegen, die sich seit Jahren für die unbefristete Übernahme eingesetzt haben.

Einer unbefristeten Übernahme stehen jetzt nur noch personenbedingte Gründe oder

akute Beschäftigungsprobleme eines Unternehmens entgegen.

Umsetzung wichtig. Die Umsetzung und Überwachung der neuen Regel liegt in den Händen der Betriebsräte. Denn der genaue Bedarf an Ausbildungsplätzen wird von den Betriebsparteien im Rahmen der Personalplanung festgelegt. Dabei gibt es zwei Varianten:

Variante 1: Vor Beginn der Ausbildung wird in einer freiwilligen Betriebsvereinbarung der Ausbildungsbedarf festgelegt. In diesem Fall besteht der Anspruch auf unbefristete Übernahme für die Zahl der Auszubildenden, die als Bedarf festgelegt wurden.

Variante 2: Falls vor Ausbildungsbeginn keine Vereinbarung zum Ausbildungsbedarf abgeschlossen wird, muss der Arbeitgeber mit dem Betriebsrat mindestens sechs Monate vor Ende der Ausbildung den dann absehbaren Bedarf festlegen. Dabei müssen unter anderem die Auftragslage, die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung und der mittelfristige Personalbedarf berücksichtigt werden. Auch in diesem Fall wird den Ausgebildeten im Rahmen des gemeinsam festgelegten Bedarfs ein unbefristetes Arbeitsverhältnis angeboten.

Nur in dem Fall, dass akute Beschäftigungsprobleme vorliegen, kann mit Zustimmung des Betriebsrates von einer Übernahme in ein un-

befristetes oder befristetes Arbeitsverhältnis abgesehen werden. Stimmt der Betriebsrat dem nicht zu, so kann der Arbeitgeber die tarifliche Schlichtungsstelle anrufen.

Die neue Tarifvereinbarung gilt für Auszubildende, deren Ausbildung nach dem 31. Dezember 2012 endet.



Leiharbeit: Mehr Mitbestimmung für Betriebsräte

Mehr Ordnung und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt – diesem Ziel ist die IG Metall mit der Tarifvereinbarung zur Leiharbeit ein Stück näher gekommen. Betriebsräte können beim Einsatz von Leiharbeitnehmern künftig stärker mitentscheiden. So darf Leiharbeit nur noch eingesetzt werden, wenn die Entgelt- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und die Arbeitsplätze im Entleihbetrieb dadurch nicht gefährdet werden.

Voraussetzungen. Leiharbeit muss zudem vorübergehend sein, also etwa Auftragsspitzen abdecken oder Krankheitsausfälle kompensieren. Leiharbeit ohne Sachgrund oder unbefristet ist nicht zulässig. Neu ist zudem, dass der Arbeitgeber Leiharbeitnehmer nicht mehr sofort einsetzen kann, sondern mindestens zehn Kalendertage

oder drei Kalendertage nach erfolgter Zustimmungsverweigerung des Betriebsrates warten muss. Das schafft Zeit für betriebliche Lösungen.

Verhandlungen möglich. Wenn der Betriebsrat den Einsatz von Leiharbeit regeln will, muss der Arbeitgeber künftig mit ihm verhandeln. In einer freiwilligen Betriebsvereinbarung können Einsatzzwecke, Einsatzbereiche

und das Volumen von Leiharbeit im Betrieb geregelt werden. Darin können außerdem die Höhe der Vergütung sowie die Höchstdauer des Einsatzes und Übernahmeregeln vereinbart werden.

Kommt es zu einer solchen Betriebsvereinbarung, kann im Gegenzug eine Ausweitung der Quote der Beschäftigten mit 40-Stunden-Verträgen um bis zu zwölf Prozent vereinbart

werden. Im selben Umfang müssen Vollzeitverträge mit einer Arbeitszeitabsenkung auf 30 Stunden zur Verfügung gestellt werden.

Besteht keine entsprechende Betriebsvereinbarung, muss der Entleihbetrieb nach spätestens 18 Monaten prüfen, ob er dem Leiharbeiter ein Arbeitsverhältnis anbieten kann. Dieses Angebot hat jedoch spätestens nach 24 Monaten zu erfolgen.



Künftig muss der Betriebsrat regelmäßig über Umfang und Einsatzbereiche von Leiharbeit informiert werden. Soll ein Leihbeschäftigter länger als drei Monate eingesetzt werden, kann der Betriebsrat eine innerbetriebliche Stellenausschreibung verlangen. Zudem dürfen in Zukunft nur Leiharbeitsfirmen zum Zuge kommen, die mit der IG Metall Tarifverträge haben.

Deutlich mehr Geld für Leiharbeitnehmer

Leiharbeitnehmer in der Metall- und Elektroindustrie erhalten ab dem 1. November 2012 Branchenzuschläge von 15 bis 50 Prozent. Das hat die IG Metall in Verhandlungen mit dem Bundesverband der Personaldienstleister (BAP) und dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) erreicht. Demnach erhalten Leiharbeitnehmer auf ihr Grundentgelt einen stufenweisen Zuschlag von bis zu

50 Prozent, der die Entgelt Differenz zu Stammbeschäftigten teilweise ausgleicht.

Nach sechs Wochen Einsatzdauer beträgt dieser Branchenzuschlag 15, nach dem dritten Monat 20, nach dem fünften Monat 30, nach sieben Monaten 45 und nach weiteren zwei Monaten 50 Prozent. Für einen Leiharbeitnehmer bedeutet das, je nach Einsatzdauer und Entgeltgruppe,

zwischen 186,33 Euro und 1380,20 Euro mehr pro Monat. Der Tarifvertrag läuft bis Ende 2017.

Fehler der Politik können so teilweise korrigiert, und den skrupellosen Machenschaften einiger Leiharbeitsunternehmen kann in Verbindung mit der erweiterten Mitbestimmung ein Riegel vorgeschoben werden.



Einstiegsoption in Ausbildung

Die IG Metall will die Einstiegsoptionen für Jugendliche ohne Schulabschluss verbessern. Jungen Menschen, die bisher keine Chance auf einen Ausbildungsplatz hatten, soll ein Weg eröffnet und gleichzeitig ein Beitrag gegen den Fachkräftemangel in der Metallindustrie geleistet werden.

Eine qualifizierende Maßnahme soll durch fachpraktische und fachtheoretische Ausbildung sowie sozialpädagogische Betreuung den Einstieg in einen anerkannten Ausbildungsberuf ermöglichen.

Mit den Arbeitgebern der Mittelgruppe hat sich die IG Metall auf erste Eckpunkte einigen können. Strittig sind nach wie vor die Höhe der Vergütung und der arbeitsrechtliche Status der Geförderten. Letzterer hat Auswirkungen darauf, welche Tarifverträge der IG Metall für sie gelten. Uneinigkeit gibt es auch bei der Frage, ob das Förderjahr auf Jugendliche ohne Schulabschluss beschränkt bleiben soll.

Das Thema ist damit nicht vom Tisch. Arbeitgeber und IG Metall haben vereinbart, sich umgehend zusammenzusetzen, um eine tarifliche Regelung für förderungsbedürftige Jugendliche zu erarbeiten.

Stimmen aus der Verhandlungskommission vom 22. Mai 2012:

EIN GUTES ERGEBNIS!

Markus Philippi, BRV GKN Offenbach:

»Die Beteiligung der GKN Kolleginnen und Kollegen im Vorfeld der Tarifeinigung war überragend und im Betrieb kommt das Tarifergebnis gut an. Für Ausgelernte wird das Normalarbeitsverhältnis nach der Ausbildung wieder Standard. Die Entgelterhöhungen passen.«



Samantha Bosch, JAV-Vorsitzende Mercedes Benz Wörth:

»Nach langem Kampf haben wir endlich die unbefristete Übernahme erreicht. Ansonsten müssen wir jetzt schauen, wie diese Regelung im Betrieb gelebt wird.«

Dieter Klein, BRV Bosch Homburg:

»Wir werten die Rückkehr zu kurzen Laufzeit positiv. Die Entgelterhöhung ist akzeptabel.«



Uwe Laubach, Erster Bevollmächtigter Eisenach:

»Aus Sicht der IG Metall Eisenach ist es insgesamt ein gutes Ergebnis. Entgeltverbesserungen wurden erreicht und insbesondere die Regelungen zur Leiharbeit werden mittelfristig zu Verbesserungen für Leiharbeiter führen.«



Reiner Göbel, Erster Bevollmächtigter Koblenz:

»Dieses Ergebnis kam nur zustande, weil die Belegschaften hinter uns standen. Ein Dankeschön an alle Warnstreikteilnehmer. Ihrem Engagement haben wir mehr Geld, eine unbefristete Regelübernahme und mehr Mitbestimmung bei der Leiharbeit zu verdanken. Der Abschluss ist ein weiterer Grund für die IG Metall-Mitgliedschaft.«



Hans-Peter Wieth, Erster Bevollmächtigter Herborn:

»Dank der hervorragenden Warnstreikbeteiligung ein gutes Ergebnis! Deutliche Einkommensverbesserungen, die unbefristete Übernahme der Azubis als Normalfall und mehr Mitbestimmung beim Leiharbeitnehmereinsatz – die IG Metall hält, was sie verspricht.«

Ralf Helbig, BRV Bosch Eisenach:

»Bei uns als größtem industriellen Ausbildungsbetrieb in Westthüringen trifft die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten auf hohe Zustimmung. Sowohl die Übernahme als auch die Regelungen zur Leiharbeit sind wichtig und ein guter Erfolg.«



Gilbert Hess, BRV Ford Saarlouis:

»Das Ergebnis ist anständig und kann sich sehen lassen. 4,3 Prozent für eine Laufzeit von 13 Monaten ist endlich wieder zeitgemäß und stärkt die Kaufkraft unserer Kollegen erheblich. Die Regelungen in puncto Ausgebildete und Leiharbeitnehmer bieten neue Perspektiven für die beiden Beschäftigtengruppen. Die IG Metall hat wieder gezeigt, was sie kann.«



Ulli Edelmann, BRV Mercedes Benz Wörth und GLC Germersheim:

»4,3 Prozent passen gut zu uns. Die unbefristete Übernahme hat sich unsere Jugend schon lange verdient, aber nun haben wir es uns gemeinsam erkämpft. Leiharbeitnehmer, die erstklassige Arbeit abliefern, haben nun Anspruch auf einen erstklassigen Arbeitsvertrag. Mit diesem Tarifabschluß treten wir gestärkt im nächsten Jahr wieder an.«

Petra Deichmann, BR Opel Rüsselsheim:

»Aus Rüsselsheimer Sicht waren die kurze Laufzeit und die Übernahmeregelung wichtig, weil sie die Zukunft der jungen Menschen sichert. Wir haben dies erreicht durch die großartige Unterstützung der Belegschaft. Das war imposant.«



Wilfried Stenz, BRV Thyssen Krupp Rasselstein, Andernach:

»Dies ist ein guter Tarifabschluss. Er zeigt, dass die IG Metall qualitative und quantitative Themen in das Verhandlungspaket nicht nur einbringen, sondern auch durchsetzen kann.«

Robert Hiry, Erster Bevollmächtigter Völklingen:

»Die 4,3 Prozent sind ein gutes Ergebnis. Damit hat die IG Metall nicht nur die Realeinkommen gesichert, sondern auch gesteigert. Besonders positiv ist die Übernahme nach der Ausbildung. Wir geben damit der Jugend eine Perspektive. Dieses Ergebnis konnte nur erreicht werden durch das solidarische Handeln der Belegschaften und die aktive Teilnahme an den Warnstreiks der IG Metall. Es ist ein gutes Ergebnis, das haben wir auch alle gemeinsam verdient.«

